

Die Ergebnisse der Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
	a) Die Wahlbeteiligung und die Parteien bei der Landtagswahl 2012.....	2
	b) Ausgangslage und Ergebnis der Landtagswahl	5
II.	Das Parteien- und Wahlsystem im Saarland.....	8
	a) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2012	8
	b) Das Wahlsystem im Saarland.....	11
III.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	12
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“	12
	b) Die wichtigsten Probleme im Saarland / Wahlentscheidende Themen	12
	c) Parteienkompetenzen.....	14
	d) Das Image der Parteien.....	15
	e) Kleiner Regierungswechsel unter Führung der CDU	16
IV.	Auswirkungen auf den Bundesrat	18
V.	Erste Analyse der Wahlergebnisse.....	19
	a) Die Wähler/-innenwanderung	19
	b) Wer wählte wen?.....	21
	c) Die Ergebnisse in den saarländischen Wahlkreisen	23
	Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt.....	25

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis werden im saarländischen Landtag weiterhin fünf Parteien vertreten sein.

Die FDP verliert ihre parlamentarische Präsenz, die Piraten ziehen in das zweite Landesparlament ein. Die designierten Koalitionsparteien CDU und SPD verfügen über 36 der 51 Parlamentssitze. Die SPD gewinnt vier Sitze hinzu, DIE LINKE verliert zwei und die Grünen einen Sitz.

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl im Saarland am 25.03.2012

	Landtagswahl 2012			Landtagswahl 2009			Veränderung		
	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate	Stimmen	in v.H.	Mandate
Wahlberechtigte	797.513			804.622			-7.109		
Wähler_innen	491.603	61,6%		544.220	67,6%		-52.617	-6,0%	0
Gültige Stimmen	481.249			534.793			-53.544 0,0% -51		
CDU	169.594	35,2%	19	184.537	34,5%	19	-14.943	0,7%	0
SPD	147.160	30,6%	17	131.241	24,5%	13	15.919	6,0%	4
LINKE	77.612	16,1%	9	113.664	21,3%	11	-36.052	-5,1%	-2
FDP	5.871	1,2%	0	49.064	9,2%	5	-43.193	-8,0%	-5
GRÜNE	24.248	5,0%	2	31.516	5,9%	3	-7.268	-0,9%	-1
PIRATEN	35.646	7,4%	4				35.646	7,4%	4
NPD	5.604	1,2%		8.066	1,5%		-2.462	-0,3%	0
Sonstige	15.514	3,2%		16.705	3,1%		-1.191	0,1%	0

a) Die Wahlbeteiligung und die Parteien bei der Landtagswahl 2012

Die Wahlbeteiligung lag bei dieser Landtagswahl mit 61,6% deutlich unter dem Wert von 2009. Nur bei der Landtagswahl 2004 wurde mit 55,5% in der saarländischen Geschichte ein schlechterer Wert gemessen.

Die gesunkene Wahlbeteiligung verzerrt die Stärke der Parteien im Vergleich zur Vorwahl. So verliert die CDU knapp 15.000 Stimmen, gewinnt aber 0,7 Prozentpunkte hinzu. Bemerkenswert ist vor diesem Hintergrund das Ergebnis der SPD, die bei niedrigerer Wahlbeteiligung knapp 16.000 Stimmen hinzugewinnen konnte.

Tabelle: Veränderung der absoluten Stimmenzahl gegenüber 2009 (in%)

STIMMEN	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	NPD
-10,0%	-8,1%	12,1%	-31,7%	-88,0%	-23,1%	-30,5%

CDU und SPD, die mit der erklärten Absicht angetreten waren, eine gemeinsame Regierung zu bilden, büßen durch die gesunkene Wahlbeteiligung nur unterdurchschnittlich Stimmen ein (CDU) oder gewinnen sogar hinzu (SPD). Die oppositionellen Parteien haben große Probleme, ihre Anhänger zu mobilisieren.

Allein die Piraten schaffen es, als neue Partei auf Anhieb in den Landtag einzuziehen. Es wäre ihnen auch bei einer höheren Wahlbeteiligung gelungen. Nicht messbar ist allerdings, in welchem Umfang die vorher feststehende Regierungsbildung Wähler ermuntert hat, dieses Mal eine neue oppositionelle Partei zu wählen.

Die Piraten sind, wie einige Monate zuvor in Berlin¹, die Gewinner dieser Landtagswahl. Sie ziehen mit 7,4% in das zweite bundesdeutsche Landesparlament ein und können sich mit diesem Ergebnis Rückenwind für die kommenden beiden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen ausrechnen.

Laut Forschungsgruppe Wahlen (FGW) profitierten sie am stärksten vom bereits faktisch feststehenden Wahlergebnis. Nach FGW-Angaben erklärten „35 Prozent aller Befragten, aber 85 Prozent ihrer Wähler (...), man könne jetzt »da die Regierung praktisch schon feststeht, auch mal eine andere Partei wählen, die sonst nicht in Frage kommt.«² Hinzu kommt nach Aussagen der FGW eine starke Protestdimension: „In einem Bundesland, in dem »Politikverdruss« weit oben auf der Agenda steht, werden die Piraten für 85 Prozent wegen der Unzufriedenheit mit den anderen Parteien gewählt und nur für sieben Prozent wegen der Inhalte.“³

Die SPD kann sich gegenüber der vergangenen Landtagswahl um rund 5% verbessern, auch wenn sie deutlich hinter den prognostizierten Ergebnissen zurück bleibt. Gegenüber 2009 konnte sie auf deutlich verbesserte Kompetenzwerte zurückgreifen und verfügte mit dem Spitzenkandidaten Heiko Maas über eine Persönlichkeit, die zwar im kurzen Wahlkampf nach Angaben von Infratest-dimap jeweils mit einigen Prozentpunkten hinter der amtierenden Ministerpräsidentin lag, aber dennoch über höhere Personenwerte verfügte als 2009.

Darüber hinaus dürfte auch eine Haltung von Bedeutung gewesen sein, die Infratest-dimap erfasste: 64% der vom Institut Befragten stimmten der Position zu, dass „der SPD die Jahre in der Opposition gut getan“ hätten.⁴

Insofern stimmten für die SPD auch diejenigen Wähler/-innen, die eine Große Koalition befürworteten und die SPD für regierungstauglich hielten. Angaben darüber, wie viel Stimmen die SPD in einem koalitionspolitisch offenen Wahlkampf erhalten hätte, liegen naturgemäß nicht vor.

DIE LINKE erreicht mit 16,1% ein ordentliches Ergebnis. Sie bleibt deutlich (etwa 9%) über dem Trend in den bundesweiten Umfragen zur Bundestagswahl. Sie konnte ihre Oppositionsrolle gegenüber der gescheiterten Jamaika-Koalition und der bevorstehenden Großen Koalition nicht in einen Stimmzugewinn ummünzen. Sie verliert gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl über 5% der Stimmen. In absoluten Stimmen ausgedrückt verliert die Partei ein knappes Drittel (ca. 31%) ihrer Wähler/-innenschaft und entsendet künftig neun statt elf Abgeordnete in den Landtag. Das Wahlziel, eine rot-rote Landesregierung bilden zu können, ist rechnerisch erreicht worden.

Nach Aussage der Forschungsgruppe Wahlen sind bei der LINKEN ebenso wie bei den Piraten die von der Partei vertretenen Inhalte für die Wahlentscheidung nicht vorrangig. Nur für 14% der Saarländer/-innen stehen die Inhalte der LINKEN bei der Stimmabgabe im Vordergrund, wohingegen bei der Entscheidung für die LINKE „für 80 Prozent der Hauptgrund Oskar Lafontaine heißt“.⁵

Wie kaum ein anderer Politiker im Saarland polarisiert Oskar Lafontaine die Wähler/-innenschaft. Nach Angaben von Infratest-dimap glauben 63% aller befragten Wähler/-innen, dass er „ein Politiker ist, dessen Zeit vorbei ist“. Aber nur 15% der LINKEN-Wähler/-innen vertreten diese Meinung. Während 55% aller Wähler/-innen sagen, Oskar Lafontaine „setzt

¹ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2011, Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl vom 18. September 2011 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, abrufbar unter: <http://wahlanalysen.wordpress.com>.

² Forschungsgruppe Wahlen 2012, Wahlanalyse Saarland: Votum für politische Stabilität - Piraten profitieren von Protest und Ausgangslage, abrufbar unter: http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahl_Saarland/.

³ FGW 2011, ebd.

⁴ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen/2012-03-25-LT-DE-SL/umfrage-aussagen.shtml>.

⁵ FGW 2012, ebd.

sich konsequenter als Andere für die kleinen Leute ein“, sind 94% der LINKE-Wähler/-innen dieser Auffassung.

Nr.	Name	Listenvorschlag
1	Bierbaum, Prof. Dr. Heinz	Landesliste
2	Döring, Pia	Kreiswahlvorschlag Neunkirchen
3	Ensch-Engel, Dagmar	Kreiswahlvorschlag Saarlouis
4	Georgi, Ralf	Kreiswahlvorschlag Neunkirchen
5	Kugler, Heike	Landesliste
6	Lafontaine, Oskar	Kreiswahlvorschlag Saarlouis
7	Linsler, Rolf	Kreiswahlvorschlag Saarbrücken
8	Schramm, Astrid	Kreiswahlvorschlag Saarbrücken
9	Spaniol, Barbara	Kreiswahlvorschlag Neunkirchen

Die Grünen erreichen mit 5,0% gerade so den Klassenerhalt. In einem traditionell schwierigen Umfeld und angesichts der Entstehungsgeschichte, dem Verlauf und dem Ende des Jamaika-Bündnisses ist bereits dies als eine Leistung der grünen Umweltministerin und Spitzenkandidatin Simone Peters anzusehen. Laut Infratest-dimap vertraten zudem 67% der vom Institut Befragten die Meinung, dass es gut wäre, wenn die Grünen im Landtag vertreten wären und 41% attestierten den Grünen in der Regierung eine gute Arbeit geleistet zu haben.⁶

Die CDU wird erneut stärkste Partei und kann die SPD – wenn auch mit geringerem Abstand – deutlich auf Distanz halten. Ihr kommt eindeutig die Persönlichkeit der Ministerpräsidentin zugute, der die Aufkündigung der ungeliebten Jamaika-Koalition nicht nur nicht geschadet, sondern im Gegenteil eher genützt hat. In den Persönlichkeitswerten lag die Ministerpräsidentin vor dem sozialdemokratischen Herausforderer (Infratest-dimap) und trotz ihrer kurzen Amtszeit vertraten 61% der von Infratest-dimap Befragten die Auffassung, dass die Union mit Frau Kamp-Karrenbauer eine gute Ministerpräsidentin habe.

Die FDP hat, wenn die Krisenstatistik bemüht werden soll, noch in keinem bundesdeutschen Flächenstaat so stark verloren wie bei dieser Landtagswahl. Zudem sind die 1,2% das schlechteste FDP-Ergebnis im Saarland überhaupt. Entscheidender als dies ist jedoch, dass die Liberalen in Folge erneut bei einer Landtagswahl verlieren und aus dem Landtag herausfallen. Sie verhalten sich hinsichtlich der Signalwirkung damit umgekehrt proportional zu den Piraten. Anzunehmen ist, dass die Liberalen sowohl in Schleswig-Holstein als auch zwischen Rhein und Ruhr Mühe haben werden, ihre Landtagssitze zu verteidigen. Zu denken geben muss der Liberalen Führung der von Infratest-dimap ermittelte Wert von 51% Zustimmung für die Aussage, dass die Liberalen „in der deutschen Politik nicht mehr gebraucht werden“.⁷

Die rechten Parteien blieben auch in der Summe unter fünf Prozent. DIE NPD erreicht nach 1,5% in 2009 nun 1,2%, verlor aber über 30% ihrer Stimmen.

⁶ Siehe FN 8.

⁷ Siehe FN 8.

b) Ausgangslage und Ergebnis der Landtagswahl

Die Ausgangslage dieser Landtagswahl ist als das wesentliche Bestimmungsmoment des saarländischen Urnengangs zu verstehen. Nach der Aufkündigung der morbiden Jamaika-Koalition durch die noch amtsfrische Ministerpräsidentin und Nachfolgerin von Peter Müller, Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) verständigten sich CDU und SPD bereits vor Beginn des Wahlkampfes faktisch auf die Bildung einer Großen Koalition. Der Parteienforscher Gerd Langguth kann dieser Situation etwas Positives abgewinnen. So vertrat er gegenüber der Saarbrücker Zeitung die Auffassung, dass damit anders als bei der LTW 2009, bei der eine Stimmabgabe für die Grünen sowohl ein rot-rot-grünes Bündnis als auch eine CDU-Regierung ermöglichte, nunmehr die LTW keine „Lotterie“, sondern eine Bestätigung eines Koalitionsangebotes von CDU und SPD an die Wähler/-innen sei.⁸

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Landtagswahl durch die Absprache der beiden großen Volksparteien ihrer Funktion⁹ entkleidet wurde,

- zur Repräsentation von Meinungen und Interessen der Wahlbevölkerung,
- der Mobilisierung der Wähler/-innenschaft für gesellschaftliche Werte, politische Ziele und Programme oder parteipolitischen Interessen oder
- zur Herbeiführung einer Entscheidung über die Übertragung politischer Macht auf der Grundlage alternativer Sachprogramme

zu dienen. Unter der Überschrift „für stabile politische Verhältnisse“ stellten sowohl SPD als auch CDU klar, dass die beiderseitige Beteiligung an der Landesregierung für sie im Vordergrund steht, obwohl die eigene Programmatik mit dem Koalitionspartner nur in kleinen Teilen durchzusetzen sein wird.

Während für die CDU aus Mangel an Koalitionspartnern faktisch keine Alternative zu diesem Vorgehen bestand, da eine Alleinregierung nicht in greifbare Nähe rücken würde, ist diese Haltung auf Seiten der SPD eine inhaltliche Kapitulation.

Nicht nur, dass die SPD allein mit der LINKEN bereits über eine knappe Regierungsmehrheit im Landtag verfügen würde, müsste Heiko Maas (SPD) bei den zwei im weiteren Sinne zum linken Lager gehörenden Oppositionsparteien Grüne und Piraten noch nicht einmal den Mut seiner Genossin aus Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, aufbringen, um eine SPD-geführte Landesregierung zu bilden und die CDU in die Opposition zu entsenden.

Warum sich die Saar-SPD unter Heiko Maas mit hoher Wahrscheinlichkeit dennoch für ein Bündnis mit der CDU entscheiden wird, ist einige Überlegungen wert, die vermutlich sowohl auf der Ebene des Saarlandes als auch auf einer grundsätzlicheren bundespolitischen Betrachtung sozialdemokratischer Strategiebildung ansetzen müssen.

Nach allen vorliegenden Erkenntnissen hatte es bereits vor der Aufkündigung des problematischen Jamaika-Bündnisses Gespräche zwischen CDU und SPD über die Bildung einer gemeinsamen Regierung gegeben. Angesichts der Tatsache, dass das Vertrauensverhältnis zwischen SPD, LINKEN und Grünen aufgrund des umstrittenen Eintritts der Grünen in das Jamaika-Bündnis 2009 nachhaltig gestört war und ist, ein rot-rotes Bündnis ohne Neuwahlen aber rechnerisch und aus Sicht der SPD auch politisch nicht machbar war, ist dies, in der SPD-Logik gedacht, nachvollziehbar.

Angenommen werden kann zudem, dass die SPD, neben den politischen Schwerpunkten ihrer Agenda, wie z.B. Mindestlohn etc., insbesondere in der extremen Haushaltsnotlage des Saarlandes und aufgrund der bundesweit verschärften Rahmenbedingungen im Umgang mit den überschuldeten Bundesländern die Auffassung vertritt, die vermeintlich notwendigen Sanierungsentscheidungen eher mit der CDU als mit den LINKEN oder in einem rot-rot-

⁸ „Mauschelei kurz vor der Wahl“, in: Saarbrücker Zeitung vom 27.01.2012.

⁹ <http://www.bpb.de/wissen/02951694013723814048050840124709,1,0,WahlenWahlfunktionen.html>.

grünen Dreier-Bündnis tragen zu können. Dass eine Sanierungspolitik mit der CDU notwendigerweise Entscheidungen beinhaltet, die sich gegen sozialdemokratische Kernwählerschaften richten, die in einem rot-roten Bündnis vermutlich eher geschützt würden, wird in solch einem sozialdemokratischen Verständnis von »staatspolitischer Verantwortung« in Kauf genommen.

Dass das Verhältnis zwischen Heiko Maas und Oskar Lafontaine kein Einfaches ist, umschrieb die Saarbrücker Zeitung im Jahre 2009 einmal mit folgender Formulierung: „Es kracht immer wieder – und doch kommen sie nicht voneinander los. Paar-Therapeuten nennen das eine ‚On-Off-Beziehung‘“¹⁰. Diese persönlichen Gründe können jedoch dahingestellt bleiben. Denn wesentlich entscheidender ist, warum der saarländische Landesvorsitzende darauf verzichtet, als Ministerpräsident einer SPD-geführten Regierung vorzustehen und stattdessen die Position des Juniorpartners in einem schwarz-roten Bündnis wählt.

Die Bestimmungsgründe dafür sind außerhalb des Saarlandes zu suchen und können hier nur thesenhaft angerissen werden. Betrachtet man die Entscheidungen der SPD in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und in gewisser Hinsicht auch in Nordrhein-Westfalen gegen ein Bündnis unter Einschluss der LINKEN, so ist darin – unter Auslassung landesspezifischer Beweggründe – das Bemühen abzulesen, DIE LINKE durch Fernhalten von politischer Einflussnahme in Form von Regierungsbeteiligungen politisch zu entwerten. Dabei soll DIE LINKE aus den westdeutschen Parlamenten heraus gedrängt werden.

Langfristig, so könnte diese Strategie interpretiert werden, soll sich der sozialdemokratische Handlungsspielraum dergestalt vergrößern, dass in der Mehrheit der Länder, also im Westen Deutschlands, durch Ausgrenzung und Marginalisierung der LINKEN ein Drei- bis Vierparteiensystem – ohne DIE LINKE – reproduziert wird, dass für die SPD wieder klarere Koalitionsoptionen beinhaltet.

Seine Begründung könnte eine solche Vorgehensweise in einer Betrachtung der Wähler/-innenschaft finden. Die SPD muss seit geraumer Zeit konstatieren, dass es ihr immer weniger gelingt, das Milieu, das gemeinhin als »Prekariat« bezeichnet wird, verlässlich zur sozialdemokratischen Stimmabgabe zu motivieren. Vielmehr machen die Angehörigen dieser Gruppe in der Regel von der Stimmabgabe gar keinen Gebrauch.

Der LINKEN ist es einige Zeit gelungen zu beweisen, dass durch ein im Kern traditionell sozialdemokratisch-sozialstaatliches Programm diese Gruppe für die Stimmabgabe zu gewinnen ist. Gleichzeitig ist dies für die SPD deshalb nicht von Interesse, weil sie in ihrer Orientierung auf die Wähler/-innenschaft der Mitte, die zum eher aktiven Teil der bundesdeutschen Wähler/-innenschaft gehören und zwischen SPD und CDU pendeln, mit einem prekariatsorientierten Programm diese Mitte-Wähler/-innenschaft ebenso verprellen würde, wie mit einer Strategie, die auf flächendeckende rot-rot(-grün)e Bündnisse, dort wo sie möglich sind, orientiert. Insofern macht es in dieser Logik für die SPD mehr Sinn, die ursozialdemokratische Wähler/-innenschicht des »Prekariats« verloren zu geben und sich langfristig auf rot-grüne oder rot-schwarze Bündnisse zu orientieren.

Angenommen wird dabei, dass DIE LINKE dauerhaft ohne politische Gestaltungsoption im Parlament überhaupt oder in der Regierung ebenfalls nicht in der Lage sein wird, das in doppelter Hinsicht prekäre Wähler/-innenmilieu zu halten. Ob dies zutrifft, wird sich zeigen. Wie DIE LINKE darauf reagieren könnte, haben die Autoren dieser Wahlanalyse verschiedentlich dargelegt.¹¹

Der SPD-Vorsitzende hat sich offenbar so sehr in diese Überlegungen verrannt, dass er ernsthaft die Auffassung vertritt, es sei die Schuld der LINKEN, dass erneut in SPD-Kandidat

¹⁰ „Maas und Lafontaine pflegen eine klassische On-Off-Beziehung“, in: Saarbrücker Zeitung vom 01.09.2009.

¹¹ Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs 2011, DIE LINKE im Stresstest – Zwischenbilanz des Wahlzyklus 2010 bis 2012, abrufbar unter: <http://wahlanalysen.wordpress.com>; Horst Kahrs 2011, Die Vielfalt der Wählerschichten zusammenhalten oder: Die schiefe Bahn vor Augen, in: Sozialismus Heft 12/2011; Horst Kahrs 2011a, Mal wieder die Organisationsfrage stellen, in: LuXemburg Heft 4/2011.

nicht Ministerpräsident werden könne. DIE LINKE habe, so Gabriel am Wahlabend, doch der SPD die Stimmen genommen, die zur stärksten Partei im Saarland fehlten. Die Welt, möchte man dem SPD-Führer zurufen, ist keine Scheibe! Die Wähler werden schon ihre guten Gründe gehabt haben, auch andere Parteien als die SPD und die CDU zu wählen, da wäre es doch besser, wenn DIE LINKE gar nicht erst antritt...

Abschließend noch einmal zurück zum Saarland: Im Ergebnis entscheidet sich die Saar-SPD unter ihrem Vorsitzenden Heiko Maas mit dem Eintritt als Juniorpartner in ein CDU-geführtes Kabinett klassenpolitisch dafür, in der Schuldenkrise die Politik der Gläubiger umzusetzen. Eine Entscheidung, die, wie bereits beschrieben, sich gegen sozialdemokratische Politikinhalte richtet und gegen die Subjekte sozialdemokratischer Politik, Arbeiter/-innen, Arbeitslose, Rentner/-innen und Beschäftigte im Öffentlichen Dienst sowie im Dienstleistungssektor insgesamt.

II. Das Parteien- und Wahlsystem im Saarland

a) Das Parteiensystem bis zur Landtagswahl 2012

Natürgemäß muss eine Darstellung des saarländischen Parteiensystems im Rahmen einer Wahlberichterstatterung sich auf diejenigen Aspekte konzentrieren, die für die Betrachtung der heutigen Wahlergebnisse von Relevanz sind.

Damit treten bedauerlicherweise all diejenigen Aspekte in den Hintergrund, die das saarländische Parteiensystem aufgrund der spezifischen Rolle des Saargebietes sowohl nach dem Ersten Weltkrieg wie auch nach dem WK II prägten und manche heute außerhalb des Saarlandes unbekannte Facette hervorbrachte. Darunter, dass die Deutsche Sozialdemokratische Partei und die CDU 1952 gegründet aber bis 1955 illegal tätig waren. Oder der Zusammenschluss der bei den Saar-Wahlen 1947 und 1952 dominanten Christlichen Volkspartei (CVP) mit der bayerischen CSU, als deren Landesverband Saar sie immerhin 21,3% der Stimmen bei der Bundestagswahl 1957 erreichte. Nicht zuletzt die Erinnerung daran, dass zu einer Zeit als die KPD in der Bundesrepublik bereits verboten war, die Saar-Kommunisten als DDU mit 5% der Stimmen bei der LTW 1960 noch bis 1965 zwei Abgeordnete in den Landtag entsendeten.

Tabelle: Ergebnisse der Landtagswahlen von 1947 bis 2009 (Zweitstimmenanteil)

Wahl	Wahlbet. in %	SPS		CVP		DPS/FDP		KP		SPD		CDU	
		%	Sitze	%	Sitze	%	%	Sitze	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1947	95,7	32,8	17	51,2	28	7,6	-	-	2	-	-		
1952	93,1	32,4	17	54,7	29	-	-	9,5	4	-	-		
1955	90,3	5,8	2	21,8	12	24,2	13	6,6	2	14,3	7	25,4	14

Wahl	Wahlbet. in %	SPD		CDU		DPS/FDP		Grüne		DIE LINKE		Sonstige in %
		%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	
1960	79,1	30,0	16	36,6	19	13,8	7	-	-	-	-	SVP: 11,4 DDU: 5,0
1965	81,8	40,7	21	42,7	23	8,3	4	-	-	-	-	SVP: 5,2
1970	83,1	40,8	23	47,8	27	4,4	-	-	-	-	-	-
1975	88,8	4,8	22	49,1	25	7,4	3	-	-	-	-	-
1980	85,0	45,4	24	44,0	23	6,9	4	2,9	-	-	-	-
1985	85,0	49,2	26	37,3	20	10,0	5	2,5	-	-	-	-
1990	83,2	54,4	30	33,4	18	5,6	3	2,6	-	-	-	-
1994	83,5	49,4	27	38,6	21	2,1	-	5,5	3	-	-	-
1999	68,7	44,4	25	45,4	26	2,6	-	3,2	-	0,8	-	-
2004	55,5	30,8	18	47,5	27	5,2	3	5,6	3	2,3	-	-
2009	67,7	24,5	13	34,5	19	9,2	5	5,9	3	21,3	11	-

Quelle: www.wahlrecht.de/ergebnisse/saarland.htm / Eigene Darstellung

Es muss an dieser Stelle also genügen festzuhalten, dass die für die alte Bundesrepublik typische Konzentration des Parteiensystems – aufgrund des 1957 erfolgten staatsrechtlichen Beitritts des Saarlandes zur Bundesrepublik, dem die wirtschaftliche Eingliederung am 5. Juli 1959 folgte und in deren Ergebnis stattgefundenen Verschiebungen und Anpassungen an das bundesdeutsche Parteiensystem – erst verspätet einsetzte.

Sie begann laut Winkler mit der Auflösung der SPD sowie der Vereinigung von CDU und CVP. Beschleunigt wurde sie durch den schnellen Niedergang der DPS, deren Wählerpo-

tenzial sich dem der Bundes-FDP angeschlossen sowie letztlich durch das Verschwinden der KPD, da die DKP an die früheren kommunistischen Wahlergebnisse nicht anknüpfen konnte.¹²

Das saarländische Parteiensystem entwickelte sich in den Folgejahren nahezu zu einem Zweiparteiensystem. Nur jeweils knapp gelang der FDP der Einzug in den Landtag. Bei den Wahlen 1970, nachdem sie im Bund in die sozialliberale Koalition eingetreten war, verpasste sie den Einzug in den Landtag, ebenso wie 1994 und 1999. Die Grünen zogen 1994 mit drei Abgeordneten ein, scheiterten 1999 und kamen 2004 wieder über die Fünf-Prozent-Marke. Die Grünen verfügen im Saarland, wie Winker feststellt, „über kein großes Wählerpotenzial und auch die Parteibindungen sind nur schwach ausgeprägt. Sie sind wie die FDP auf Wähler angewiesen, die sie nicht aus ideologisch-programmatischen Gründen, sondern aus taktischen Erwägungen heraus unterstützen.“¹³

In einem Land, in dem die Wirtschaftsstruktur bis heute eine zentrale Rolle bei der Identität des Landes wie in der Begründung seiner Existenz als solches, eine bedeutende Rolle spielt, nehmen die Kernthemen der Grünen nur einen Randplatz ein, können sich jedoch aufgrund der Kleinteiligkeit des Landes, die Freien Demokraten nur schlecht von einer ebenfalls stark mittelständisch geprägten CDU abgrenzen.

Aufgrund der sozialdemokratischen Dominanz ab Mitte der 1980er Jahre bis zum Ende der 1990er Jahre wird gemeinhin angenommen, beim Saarland würde es sich um ein klassisches sozialdemokratisches Land handeln. Dies ist weder historisch noch soziostrukturell zwangsläufig. Vielmehr weist das Saarland zwar eine überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte auf, ist aber mit Ausnahme von Saarbrücken und Neunkirchen ländlich und kleinstädtisch geprägt. Drei Viertel der Bevölkerung gehörten nach Daten von 1999 der katholischen Kirche an, womit das Saarland den höchsten Katholikenanteil aller Bundesländer besitzt. Beide Bedingungen begünstigen im Allgemeinen die Wahlchancen der CDU und hemmen ein sozialdemokratisches und linkes Milieu. Der vormals hohe Arbeiteranteil an der Saar, der dazu führte, dass auch die katholische Arbeiterschaft sozialdemokratisch wählte (vergleichbar mit dem Ruhrgebiet), nimmt wiederum aufgrund des Strukturwandels ab, zugunsten von Angestellten und Beamten, deren Anteil sich in den vergangenen Jahrzehnten verdoppelte. Auch die sozioökonomische Veränderung des Saarlandes begünstigt heute also eher die Union als SPD oder LINKE bzw. Grüne.¹⁴

In diesem Licht müssen Aufstieg und Niedergang von CDU und SPD sowie die Diversifizierung des Parteiensystems, die sich bei der Wahl 2012 fortsetzte, gesehen werden.

Während die CDU in den Jahren von 1960 bis 1975 jeweils vor der SPD lag, konnten die Sozialdemokraten ab 1960 bis zur Wahl 1999 ihre Wahlergebnisse kontinuierlich steigern. Aus Mangel an Koalitionspartnern blieb der SPD zum Regieren faktisch nur die Option der Erringung der absoluten Mehrheit, die sie von der 9. Wahlperiode (ab 1985) bis zum Ende der 11. Wahlperiode 1999 ausübte. In dieser Zeit war das Parteiensystem faktisch asymmetrisch.

Der Aufstieg der Saar-SPD und der drastische Niedergang der CDU, ist einerseits, wie bereits ausgeführt, Ergebnis der „schweren Krise in der Stahlindustrie und der hohen Arbeitslosigkeit“¹⁵ und andererseits in den 1980er Jahren untrennbar mit Oskar Lafontaine verknüpft. Im Jahr 1990 formulierten Filmer/Schwan: „*Solz sind die Saarländer auf ihren Oskar. Er vermittelte ihnen ein neues Wir-Gefühl, steigerte ihr Selbstbewusstsein, machte das kleine Grenzland weltweit bekannt. Lafontaine führte seine Mitbürger aus der Resignation heraus und schaffte so etwas wie Aufbruchstimmung*“.¹⁶ Als Ministerpräsident wies er bei drei aufei-

¹² Vgl. Jürgen R. Winkler 2008, Das Parteiensystem des Saarlandes, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 376.

¹³ Winkler 2008, a.a.O., S. 380.

¹⁴ Jürgen R. Winkler 2000, Die saarländische Landtagswahl vom 5. September 1999, in: ZParl, Heft 1/2000, S. 30.

¹⁵ Jürgen R. Winkler 2010, Die saarländische Landtagswahl vom 30. August 2009, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 2/2010, S. 340.

¹⁶ Werner Filmer/Heribert Schwan 1990, Oskar Lafontaine, München, S. 11

einanderfolgenden Wahlen deutliche Persönlichkeitsvorsprünge vor den jeweiligen CDU-Herausfordern auf. Nachdem Lafontaine ins Bundeskabinett Schröder wechselte, konnte sein Nachfolger Reinhard Klimmt ebenfalls hervorragende Persönlichkeitswerte aufweisen; bei der Forschungsgruppe Wahlen lag er 1999 sogar besser als Lafontaine fünf Jahre zuvor.¹⁷ Gleichzeitig konnte dies nicht verhindern, dass angesichts des „für Sozialdemokraten bundesweit ungünstige Meinungsklima und die Art und Weise, wie Lafontaine seine Ämter als Bundesfinanzminister und als Vorsitzender der SPD hingeworfen und sich ins Privatleben zurückgezogen hatte“¹⁸ die SPD bei der Landtagswahl nur noch 25 Sitze erlangte, die CDU unter Peter Müller hingegen 26. Bei den folgenden Wahlen 2004 holte die SPD nur noch 18 Sitze, so wenige wie seit 1960 (16 Sitze) nicht mehr.

CDU und SPD vereinigten bei den Landtagswahlen seit 1965 deutlich über 80% der Stimmen auf sich (83,4%), von 1970 bis 1999 jeweils um die 90 Prozent. Erstmals 2004 fiel dieser Wert unter 80 Prozent (78,3%). Teilweise noch deutlicher war die Dominanz der beiden großen Parteien bei den Bundestagswahlen. Seit 1990 war sie rückläufig, von 89,3% in 1990 auf 80,6% in 2002. Sie fiel dann 2005 dramatisch auf 63,5%.

Noch deutlicher wird diese Erosion in der Parteibindung im Blick auf das Verhältnis der erzielten Stimmen zu allen Wahlberechtigten. Bei der Bundestagswahl 1976 (Höchststand) repräsentierten CDU und SPD 84,9% aller Wahlberechtigten, 1990 noch 74,9%, fünfzehn Jahre später, bei den Wahlen 2005, waren es nur noch 49,1%. Bei den Landtagswahlen waren Wahlbeteiligung und Parteibindung nie ganz so hoch wie bei den Bundestagswahlen. Aber auch hier erreichen Mitte der siebziger Jahre CDU und SPD mit 79,9% der Wahlberechtigten ihren größten Einfluss. 1994 waren es noch 72,5%, 1999 noch 60,9% und 2004 nur noch 42,4% aller Wahlberechtigten.

Dieser Rückgang in der Mobilisierung von Wählern geht vor allen Dingen auf große Einbrüche bei der SPD zurück. 1990, bei ihrem größten Wahlsieg im Saarland, erreichte sie 44,8% der Wahlberechtigten, 1999 mobilisierte sie noch 30,1%, aber 2004 nur noch 16,7%. Die CDU erreichte ihre höchste Wählermobilisierung bei Landtagswahlen 1975 mit 43,2%. Seit 1985 erreichte sie immer um die 30% der Wahlberechtigten. Ihre Machtübernahme 1999 verdankte sie 30,9% der Wahlberechtigten, ihre Bestätigung 2004 nur noch 25,7% der Wahlberechtigten.

Die Alleinregierung von Peter Müller 1999 und 2004 gründete also nicht auf einem absolut gewachsenen Zuspruch aus der Bevölkerung für die CDU. Entscheidend waren vielmehr die Ermüdung und Enttäuschung der sozialdemokratischen Wählerschaft, ja ihre dramatische Abwendung bei den Europa- und Landtagswahlen 2004. Statt 36% der Wahlberechtigten wie noch bei der Bundestagswahl 2002 erreichte die SPD nur noch bei einem Sechstel der Wahlbevölkerung aktive Unterstützung, bei der Bundestagswahl 2005 waren es noch mal ein Viertel.

Seit den Bundestagswahlen 2005 befindet sich das saarländische Parteiensystem in einem außerordentlichen Umbruch. Ein großer Teil ehemals sozialdemokratischer Wähler wandte sich von der SPD ab. Die SPD verlor bei der Landtagswahl 2004 fast die Hälfte (45%) ihrer Wähler von der Vorwahl, bei der Bundestagswahl 2005 verlor sie 28,5% der Stimmen von 2002. Gemessen an dem Wahlergebnis der Bundestagswahl 1998, bei der die SPD noch über 361.000 Stimmen erhielt, erreichte sie bei der Landtagswahl 2004 nur noch knapp 38% der Stimmen, bei der Bundestagswahl 2005 noch gut 58%. Bei dieser Bundestagswahl trat mit der sich formierenden Partei DIE LINKE und Oskar Lafontaine eine Partei an, die versprach, das „sozialdemokratische Erbe“, die Verteidigung von Sozialstaat und Arbeitnehmerinteressen fortzuführen. Sie erreichte 18,5% der Stimmen, absolut 117.000 Stimmen gegenüber gut 211.000 der SPD. Beide Parteien zusammen erreichten mit mehr als 328.000 Stimmen mehr Stimmen als 2002, aber 40.000 weniger als SPD und PDS 1998. Durch das

¹⁷ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen 1999, Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. September 1999, Mannheim, S. 29, zit. in: Winkler 2010, S. 28.

¹⁸ Winkler 2000, a.a.O., ebd.

Auftreten DER LINKEN gelang es also, in einem außerordentlichen hohen Maß enttäuschte sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Der Vergleich mit ähnlichen Situationen in anderen Bundesländern zeigt, in welchem Ausmaß dies mit der Person Oskar Lafontaine zusammenhängt: In keinem anderen Bundesland konnte das sozialdemokratische Wählerpotential derart stark ausgeschöpft werden.

Dies wurde erneut bei der Bundestagswahl 2009 unter Beweis gestellt, als die saarländische LINKE 21,2% der Zweitstimmen erlangte und mehr als 123.000 absolute Wähler/-innenstimmen erlangte.

Das saarländische Parteiensystem ist zwischenzeitlich vom symmetrischen Zweiparteiensystem der 1990er Jahre weit entfernt. Es hat sich vielmehr zu einem asymmetrischen Vielparteiensystem entwickelt, bei dem CDU, SPD und LINKE mit erheblichen Abstufungen die größeren Parteien darstellen, während Grüne und FDP sowie seit dieser Wahl auch die Piraten mehr oder weniger längere Gastspiele im Landtag wahrnehmen. Mit der Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen nahm das Saarland bereits in gewisser Hinsicht eine Laborfunktion ein, die nun mit der zweiten Piratenfraktion in einem Landtag fortgesetzt wird. Der Saarländische Landtag weist nunmehr die gleiche Parteienzusammensetzung wie das Abgeordnetenhaus von Berlin auf. Es wird interessant sein, die jeweiligen Entwicklungen vergleichend zu betrachten.

b) Das Wahlsystem im Saarland

Das saarländische Wahlsystem wird bestimmt durch eine Verhältniswahl mit geschlossenen Listen. Das Wahlgebiet ist in drei Listenwahlkreise eingeteilt:

- Saarbrücken (Stadtverband Saarbrücken)
- Saarlouis (Landkreise Saarlouis und Merzig-Wadern)
- Neunkirchen (Landkreise Neunkirchen, St. Wendel und der Saar-Pfalz-Kreis).

Die Parteien reichen je eine Wahlkreisliste in jedem der drei Wahlkreise und darüber hinaus eine Landesliste ein. Alle Wähler/-innen haben eine Stimme, mit der gleichzeitig die Landes- und die Wahlkreisliste der jeweils favorisierten Partei gewählt wird.

Der Landtag umfasst 51 Sitze, von denen grundsätzlich 41 Mandate über Wahlkreislisten und die restlichen 10 Sitze über die Landeslisten vergeben werden.

Für die Sitzzuteilung werden alle Parteien berücksichtigt, die mindestens 5% der gültigen Stimmen erhalten haben. Zur Anwendung kommt das Berechnungsverfahren nach d'Hondt, bei dem die größeren Parteien gemeinhin einen Vorteil erlangen können.

Ist eine Wahlkreis- oder Landesliste erschöpft, so werden die übrigen Sitze an die anderen Listen der Partei verteilt. Dies gilt auch für Nachrücker/-innen während der Legislaturperiode.¹⁹

¹⁹ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/landtage/saarland.htm>.

III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

Seit der Landtagswahl 2009 wurden insgesamt neun Umfragen veröffentlicht, in denen unter anderem die „Sonntagsfrage“ gestellt wurde, also welche Partei der oder die Befragte wählen würde, wenn am kommenden Sonntag Wahlen wären. Von den neun Umfragen erschienen allein sechs im laufenden Jahr, von denen jeweils zwei von unterschiedlichen Instituten im gleichen Zeitraum durchgeführt wurden. Es bietet sich deshalb an, die Durchschnittswerte zugrunde zu legen, selbst wenn dadurch nur geringe Abweichungen entstehen.

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ für die saarländische Landtagswahl seit Dezember 2009

	Zeitraum der Umfrage	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Piraten
FGW	13.03.-15.03.12	34	34	5	2	15	6
Infratest-dimap	13.03.-15.03.12	33	33	5	3	16	6
Forsa	20.02.-29.02.12	35	37	4	1	14	5
Infratest-dimap	21.02.-22.02.12	35	36	4	2	15	5
Emnid	24.01.-25.01.12	36	36	5	2	15	4
FGW	23.01.-25.01.12	34	38	6	2	13	5
Infratest-dimap	11.11.-15.11.11	32	35	8	5	12	4
Infratest-dimap	01.11.-03.11.11	32	34	9	4	17	-
Infratest-dimap	10.12.-13.12.09	32	29	7	9	19	-
LTW 2009	ERGEBNIS	34,5	24,5	5,9	9,2	21,3	-

Quelle: www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/saarland.htm

Die CDU erreichte in den Umfragen mit durchschnittlich 34,5% nicht nur den Wert der vergangenen Landtagswahl, sondern auch ungefähr ihr tatsächliches Ergebnis vom 25. März.

Die SPD hingegen erreichte in den Umfragen einen Durchschnittswert von 35,6% und kann im Hinblick auf das konkrete Wahlergebnis als überschätzt gelten.

Die Grünen hingegen mussten, wie am Wahlabend mit prognostizierten 4,8% um den Wiedereinzug in den Landtag bangen. Sie erreichten mit 5,0% gerade so die notwendige Stimmzahl.

Die FDP unterschritt bei der Landtagswahl mit 1,2% der Stimmen ihre prognostizierten 2% in den Vorwahlumfragen.

Die LINKE erreichte mit 16,1% einen etwas besseren Wert als die durchschnittlich 15%, die ihr in den Vorwahlumfragen prognostiziert wurden.

Die Piraten wurden erstmals im Januar 2012 mit 5% in einer Umfrage bewertet, im Durchschnitt aller Umfragen, in denen sie eigens aufgeführt wurden, lagen sie bei 5%. Mit dem Ergebnis von 7,4% der Stimmen lagen sie am Wahltag also deutlich oberhalb dieser Prognose.

b) Die wichtigsten Probleme im Saarland / Wahlentscheidende Themen

Der allgemein als überwiegend inhaltlich konturlos und durch die faktische Festlegung von CDU und SPD auf ein Regierungsbündnis entwertete Wahlkampf wartete, wenn überhaupt mit dem Thema „Schuldenbremse“ und ihren Auswirkungen auf die künftige Landespolitik auf.

Die allgemeine Stimmungslage im Saarland war, folgt man den Vorwahlauffragen wie den Wahltagsbefragungen, von einer großen Zustimmung zur Bildung einer Großen Koalition geprägt. Gleichzeitig bildeten die Euro-Krise und die Verschuldung des Landes die größten Sorgen der Saarländer. Die Zustimmung zur „Schuldenbremse“ wurde mit bis zu 80% gemessen.

Auch DIE LINKE sprach sich für die Schuldenbremse aus, machte aber deutlich, dass sie sie durch Einnahmeverbesserungen (Millionärssteuer) umsetzen würde und nicht durch Leistungskürzungen und Stellenabbau. Vermutlich zählte daher die „Steuerpolitik“ zu den vier wichtigsten wahlentscheidenden Gründen für DIE LINKE.

Zur Stimmungslage gehörte auch ein ausgeprägtes Bedürfnis nach einer stabilen Regierung, eine Reaktion auf den öffentlichen Zerfall der Jamaika-Koalition.

Tabelle: Was macht Ihnen Sorgen?

Schuldenkrise in Europa	78%
Verschuldung in Deutschland	72%
Angemessenheit der Löhne und Gehälter	61%
Arbeitslosigkeit	58%
Persönliche wirtschaftliche Situation	21%

Quelle: Infratest dimap

Tabelle: Ansichten über die Große Koalition

„Nach der Jamaika-Koalition braucht es eine stabile Regierung“	79%
„Nur eine Große Koalition kann die Schulden verringern“	50%
„Ist nur eine Notlösung“	57%

Quelle: Infratest dimap

Bei den wichtigsten wahlentscheidenden Themen gibt es bei den kleineren Parteien jeweils mindestens ein von der Mehrheit der Saarländer abweichendes Motiv.

Bei den Piraten ist es die Netzpolitik, bei den Grünen sind es Umwelt- und Energiepolitik und bei der LINKEN ist es die Steuerpolitik.

Bei den WählerInnen von SPD und LINKEN ist „soziale Gerechtigkeit“ das mit Abstand wichtigste Motiv. Dies trifft auch auf die Piratenwähler/-innen zu. Möglicherweise zeichnet sich hier, wie in unserer Analyse für Berlin bereits vermerkt, ein anderes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit in der Gruppe der unter 40jährigen Wähler/-innen ab. In einer ausführlicheren Betrachtung zu einem späteren Zeitpunkt, werden die Autoren sich diesem Thema widmen.

Tabelle: Die vier wichtigsten wahlentscheidenden Gründe für die Wähler/-innen von...

	Alle	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN
Soziale Gerechtigkeit	35%	19%	44%	57%		21%	40%
Wirtschaftspolitik	32%	48%	27%	23%	54%		
Arbeitsmarktpolitik	25%	21%	28%	39%	23%		17%
Bildungspolitik	21%	23%	24%		19%	26%	21%
Steuerpolitik				15%	19%		
Umweltpolitik						77%	
Energiepolitik						35%	
Netzpolitik							27%

Quelle: Infratest dimap

In den letzten Umfragen vor dem Wahltag zeichnete sich bereits ab, dass der anfängliche Vorsprung von Heiko Maas und der SPD dahin schmolz und sich die Werte für die CDU und Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer verbesserten. Auch SPD-Anhänger stellten ihre gute Noten aus.

Tabelle: Bewertung der Ministerpräsidenten Kramp-Karrenbauer

MP Kramp-Karrenbauer macht ihre Sache eher...						
alle		gut nach Partei-Präferenz				
gut	schlecht	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	PIRATEN
64%	24%	95%	54%	43%	63%	46%

c) Parteienkompetenzen

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) veröffentlichte am Wahlabend einige ausgewählte Daten zu den Kompetenzen der Parteien bei der Lösung von Problemen. Diese Daten werden den Vergleichsdaten aus 2009 gegenübergestellt.

Tabelle: Parteikompetenzen

Partei	2012	Zu 2009
CDU		
Wirtschaft	45%	5%
Arbeitsplätze	37%	0%
Bildungspolitik	34%	4%
SPD		
Angemessene Löhne	45%	13%
Soziale Gerechtigkeit	42%	9%
Bildungspolitik	34%	1%
LINKE		
Soziale Gerechtigkeit	21%	6%
Angemessene Löhne	18%	1%
Arbeitsplätze	10%	1%
FDP		
Wirtschaft	2%	-8%
Bildungspolitik	2%	-7%
Angemessene Löhne	2%	-6%
Arbeitsplätze	2%	-5%
GRÜNE		
Umweltpolitik	53%	-2%
Bildungspolitik	7%	2%

In einer weiteren Übersicht wurde den als am wichtigsten erachteten Problemen die Problemlösungskompetenz von Parteien gegenüber gestellt.

Tabelle: Die wichtigsten Probleme im Saarland und welche Partei die Probleme am besten löst

Die wichtigsten Probleme		Welche Partei löst die Probleme am besten....		
		CDU	SPD	LINKE
Arbeitsplätze	34%	29%	30%	9%
Verschuldung/Finanzen	32%	30%	25%	7%
Schule/Bildung	17%	26%	33%	6%
Affären/Politikverdruss	9%			
Kosten/Löhne	9%			
Wirtschaft		31%	29%	7%
Soziale Gerechtigkeit		19%	39%	17%
Zukunft		28%	30%	7%

Forschungsgruppe Wahlen

d) Das Image der Parteien

Tabelle: Image der Parteien

	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	Piraten
„Hat mit Kramp-Karrenbauer eine gute Ministerpräsidentin“	61%					
„Merkel hat in der Euro-Krise richtig und entschlossen gehandelt“	57%					
„Der CDU im Saarland fehlt einer wie Peter Müller“	25%					
„Mit der CDU öffnet sich die Schere zwischen arm und reich weiter“	65%					
„Der SPD haben die Jahre in der Opposition gut getan“		64%				
„Hat mit Heiko Maas einen guten Spitzenkandidaten“		58%				
„Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich“		54%				
„Löst keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen“			83%			
„Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich“			47%			
„Ist eine gute Alternative für enttäuschte SPD-Wähler“			45%			
„Ist im Saarland zu zerstritten um ernsthaft Politik mitzugestalten“				86%		
„Die Bundes-FDP hat mit Rösler den falschen Vorsitzenden“				71%		
„Wird in der deutschen Politik nicht mehr gebraucht“				51%		
„Ich fände es gut, wenn sie weiterhin im Landtag vertreten wäre“				34%		
„Ich fände es gut, wenn sie weiterhin im Landtag wären“					67%	
„Kümmern sich um Themen, die andere Parteien vernachlässigen“					60%	
„Haben in der Jamaika-Koalition eine gute Politik gemacht“					41%	
„Kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze“					62%	
„Sind eine gute Alternative für Nichtwähler“						62%
„Sorgen dafür, dass auch mal die Jüngeren etwas zu sagen haben“						55%
„Ich weiß, wofür sie politisch stehen“						26%
„Sind glaubwürdig“						18%

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Die vorstehende Tabelle gibt einen Überblick über das Image ausgewählter Parteien bei den Wahlberechtigten. Die Ansichten, die von den Befragten am häufigsten über die einzelnen Parteien geäußert wurden, wurden von den Wahlforschern in Hauptaussagen zusammengefasst

e) Kleiner Regierungswechsel unter Führung der CDU

Auch wenn ein möglicher Regierungswechsel auf Bundes- oder Landesebene nur selten so eindeutig wie bei der Landtagswahl in Hamburg 2011 bereits im Vorfeld feststeht, lässt sich anhand des Indikators „Zustimmung zur Regierung“ der jeweiligen Gebietskörperschaft bereits ermessen, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht.

Inwieweit eine Wechselstimmung tatsächlich wirksam werden kann, hängt ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung ab, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und setzt diese, in Verbindung mit dem Indikator Wahlbeteiligung, ins Verhältnis zu den jeweils stattgefundenen Regierungskontinuitäten bzw. -wechseln. In den ersten drei Spalten werden, differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr, die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die vierte Spalte enthält den Wert der jeweiligen Wahlbeteiligung. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gebietskörperschaft dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht.

Wir differenzieren hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatis der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Wie bereits ausgeführt, findet im Saarland vermutlich ein kleiner Regierungswechsel unter Führung der Union statt. Die Wahlbeteiligung ist niedrig und steht weniger im Verhältnis zur Unzufriedenheit mit der bislang amtierenden Landesregierung, sondern dem zu erwartenden Ausgang der Landtagswahl aufgrund bereits feststehender Koalitionsaussagen der beiden großen Parteien.

Tabelle: Wechselstimmung, Wahlbeteiligung und Regierungswechsel

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert (in %)	Wahlbeteiligung (in %)	Regierungswechsel			Erläuterung
				Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65	57,1			X	
RP	2006	60	58,2		X		
SL	2004	60	55,0			X	
BB	2009	59	67,0		X		
BW	2006	58	53,4			X	
SN	2009	58	52,2		X		
SN	2004	56	59,6			X	
MV	2011	51	52,0			X	
RP	2011	55	61,8				
HE	2003	55	64,3		X		
NI	2003	52	65,1			X	
HH	2008	49	63,5		X		
NI	2008	52	57,1			X	
HH	2008	49	63,5			X	
ST	2011	48	51,2			X	
HE	1999	48	61,0	X			
BY	2008	48	57,9		X		
HB	2003	48	61,3			X	
SH	2005	48	66,5	X		X	Wechsel nach Simo-nis-Sturz
HB	2011	46	57,5			X	
SL	2009	43	67,6		X		
Bund	2009	43	70,8		X		
BW	2011	41	66,3	X			
TH	2004	41	53,8		X		
NW	2005	41	67,3	X			
TH	2009	40	56,2		X		
HH	2004	39	68,7	X			
HE	2009	39	61,0			X	
HB	2007	38	57,6	X			
BE	2006	38	58,0			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37	59,1		X		
ST	2006	36	44,4		X		
NW	2010	36	59,3	X			Minderheitsregierung
HE	2008	36	64,3	X			
BB	2004	35	56,4		X		
NI	2003	34	67,0	X			
SH	2009	29	73,6			X	Politisches Patt
Bund	2005	25	77,7	X			
SL	2012	23	61,1		X		

* Zufriedenheitswert = die Summe aus „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ / Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WahlREPORT / eigene Zusammenstellung.

IV. Auswirkungen auf den Bundesrat

Das voraussichtliche Ergebnis der Saarland-Wahl stärkt den Block der Großen Koalitionen, der nunmehr 18 Stimmen umfasst. Wesentliche Veränderungen werden davon nicht ausgehen, da die bisherige Jamaika-Koalition zu den »neutralen« Stimmen zu rechnen war. Von den drei Landtagswahlen in diesem Jahr wird aller Voraussicht nach die Wahl in Kiel zu einer tatsächlichen Verschiebung führen, da der schwarz-gelbe Block (25 Stimmen) um vier Stimmen zugunsten des rot-grünen Blocks abnehmen dürfte.

An den Mehrheitsverhältnissen ändert dies jedoch wiederum nichts, da die SPD die Wahlen im Jahre 2011 nicht dazu nutzte, über rot-rot(-grün)e Koalitionen im Bundesrat eine eigene Gestaltungsmehrheit in Opposition zur Bundesregierung entstehen zu lassen.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach dieser Landtagswahl

Land	Zahl	Schwarz-Rot Große Koalition	Rot-Schwarz	Schwarz-Gelb	SPD-Allein	Rot-Rot	SPD-Grüne Rot-Grün	Grüne-SPD
BW								6
BY	6			6				
BE	4		4					
BB	4					4		
HB	3						3	
HH	3				3			
HE	5			5				
MV	3		3					
NI	6			6				
NW	6						6	
RP	4						4	
SL	3	3						
SN	4			4				
ST	4	4						
SH	4			4				
TH	4	4						
Gesamt	69	11	7	25	3	4	13	6
		18					19	

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wähler/-innenwanderung²⁰

Infratest-dimap hat auch bei dieser Landtagswahl, auf der Basis der Nachwahlbefragungen, eine Schätzung der Wähler/-innenwanderungen vorgenommen. Bei der Abfassung dieses Textes standen nur Zahlen von Infratest dimap über die Wanderungssalden zur Verfügung. Dabei werden Nettowanderungszahlen ausgewiesen, unklar bleibt daher, in welchem Ausmaß zum Beispiel bei einem Saldo von „Null“ trotzdem sich aufhebende Wählerwanderungen stattgefunden haben. Daher werden hier nur ausgewählte Aspekte der Wähler/-innenwanderung behandelt, eine ausführliche Darstellung folgt, sobald die vollständigen Zahlen verfügbar sind.

Die nachstehende Tabelle ist so zu lesen, dass von links nach rechts die jeweiligen Zu- und Abgänge von den Parteien bzw. den Nichtwähler/-innen zu den Parteien bzw. Nichtwähler/-innen dargestellt sind. Die Abgänge sind mit negativen Zahlenwerten gekennzeichnet (-). Da eine Partei mit sich selbst keine Wähler/-innenwanderung erzeugen kann, sind die jeweiligen Kästchen leer.

Tabelle: Wähler/-innenwanderung

	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	PIRATEN	Andere	Nichtw.
CDU		-7.000	2.000	12.000	0	-4.000	3.000	-12.000
SPD	7.000		7.000	8.000	6.000	-3.000	0	-7.000
LINKE	-2.000	-7.000		3.000	0	-7.000	0	-17.000
FDP	-12.000	-8.000	-3.000		-2.000	-4.000	-2.000	-9.000
Grüne	0	-6.000	0	2.000		-3.000	0	-1.000
PIRATEN	4.000	3.000	7.000	4.000	3.000		3.000	8.000
Andere	-3.000	0	0	2.000	0	-3.000		-6.000
Nichtw.	12.000	7.000	17.000	9.000	1.000	-8.000	6.000	

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Wo sind die WählerInnen der FDP geblieben? Die meisten Stimmen verlor die FDP an die Union, gefolgt von den Nichtwählern und den Verlusten an die SPD.

	CDU	SPD	LINKE	GRÜNE	PIRATEN	Andere	Nichtwahl
FDP	-12.000	-8.000	-3.000	-2.000	-4.000	-2.000	-9.000

Die enttäuschten FDP-Wähler wandten sich also weit überwiegend anderen Parteien zu. Auch DIE LINKE gewann enttäuschte FDP-Wähler. Möglicherweise erklärt sich dadurch der gestiegene Anteil der LINKE-Stimmen unter Selbständigen.

²⁰ Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

Wo sind die Wählerinnen von DIE LINKE geblieben? Nach der FDP hat DIE LINKE die größten Verluste an absoluten Stimmen hinnehmen müssen.

	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	PIRATEN	Andere	Nichtwahl
LINKE	-2.000	-7.000	3.000	0	-7.000	0	-17.000

Die Verluste der LINKEN gingen zur Hälfte an die Nichtwähler. Offensichtlich gelang es nicht, bestimmte Wählerschichten angesichts der als sicher geltenden Regierungskonstellation zu mobilisieren, vielleicht war auch Enttäuschung dabei, dass die Wahl der Partei 2009 zu keinen Verbesserungen geführt hatte. Die andere Hälfte der Stimmenverluste ging an SPD und Piraten. Mit den Grünen und anderen kleinen Parteien fand ein Wähler/innenaustausch nicht statt.

Die Wähler/-innenschaft der LINKEN im Saarland ist, wie vielleicht in keinem anderen Bundesland, eine Wähler/-innenschaft aus enttäuschten, früheren SPD-Wähler/-innen. Deutlich erkennbar ist dies am Einbruch bei der Landtagswahl 2004, als eine für sozialdemokratische Wählermilieus akzeptable Alternative mit der PDS noch nicht zur Verfügung stand und eine massive Wahlenthaltung stattfand, die bei den folgenden Wahlen durch das Auftreten von DIE LINKE zu einem größeren Teil kompensiert wurde.

Tabelle: Links-/Sozialdemokratisches Wähler/-innenmilieu im Saarland

	SPD	LINKE(PDS)	Summe
BTW98	361.486	7.087	368.573
LTW99	247.311	4.490	251.801
BTW02	295.521	9.000	304.521
LTW04	136.224	10.240	146.464
BTW05	211.201	117.089	328.290
LTW09	131.241	113.664	244.905
BTW09	144.464	123.880	268.344
LTW12	147.160	77.612	224.772

Eigene Zusammenstellung

Bei der aktuellen Landtagswahl gelang dies nicht mehr im früheren Ausmaß. Und auch die SPD bleibt im Kern bei ihrer zusammengeschmolzenen „Kernwählerschaft“ des Jahres 2004.

Woher kommen die WählerInnen der Piraten? Das Piraten-Ergebnis für das Saarland zeigt auf den ersten Blick ein ähnliches Bild wie dasjenige in Berlin: Gewinne von allen Parteien und als größte Gruppe von den Nichtwählern. Auf den zweiten Blick sind einige Unterschiede festzustellen: Im Saarland haben die Gewinne von der LINKEN (gut ein Fünftel der Piraten-Stimmen) ein größeres Gewicht als in Berlin (gut zehn Prozent). Etwas höher liegt als die Gewinne von der LINKEN liegen die Gewinne von bisherigen Nichtwählern. Umgekehrt machen die Gewinne von SPD und Grünen einen kleineren Anteil aus als in Berlin.

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	Andere	Nichtwahl
PIRATEN	4.000	3.000	7.000	4.000	3.000	3.000	8.000

b) Wer wählte wen?

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.²¹ In der nachfolgenden Darstellung werden unterschiedliche sozio-demographische Merkmale identifiziert. Dabei werden jeweils in der Tabelle zuerst die Daten von Infratest-dimap und darunter die Daten der Forschungsgruppe Wahlen ausgewiesen

Tabelle: Wahlentscheidung nach Geschlecht

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN
Infratest dimap						
Alle	35%	31%	16%	1%	5%	8%
Frauen	37%	31%	14%	1%	6%	6%
Männer	33%	30%	18%	1%	4%	9%
FGW						
Frauen	36%	32%	14%	1%	7%	6%
Männer	32%	31%	17%	1%	5%	9%

Die Piraten und DIE LINKE wurden überwiegend von Männern gewählt, während CDU, SPD und Grüne höhere Stimmenanteile unter den weiblichen WählerInnen erzielen. Bei den Landtagswahlen 2009 erzielte DIE LINKE bei den Männern 24% und bei den Frauen 18%.

Tabelle: Wahlentscheidung nach Alter

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN
Infratest dimap						
Alle	35%	31%	16%	1%	5%	8%
Erstwähler	24%	28%	10%	1%	8%	24%
18-24 Jahre	22%	28%	12%	2%	7%	22%
25-34 Jahre	27%	27%	14%	1%	6%	16%
35-44 Jahre	29%	30%	15%	2%	7%	10%
45-59 Jahre	30%	32%	20%	1%	6%	6%
60 und älter	46%	31%	14%	1%	3%	2%
FGW						
Unter 30 Jahre	24%	30%	12%	1%	7%	18%
30-44 Jahre	28%	29%	14%	1%	8%	12%
45-59 Jahre	31%	33%	19%	1%	6%	7%
Über 60 Jahre	44%	33%	15%	1%	3%	1%

In den jüngeren Altersgruppen, bei dem unter 45jährigen Männern und Frauen erzielten CDU, SPD und LINKE teilweise deutlich unterdurchschnittliche Ergebnisse.

Andererseits wählte fast jeder vierte Erstwähler die Piraten. Mit abnehmender Tendenz erzielen die Piraten in allen Altersgruppen unter 45 überdurchschnittliche Ergebnisse. Weitaus weniger ausgeprägt gilt dies auch für die Grünen.

²¹ Bei der Erstellung der Wahlberichterstattung waren die Autoren dieser Untersuchung auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge, wie z.B. den Altersangaben, sind sehr bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Wie bereits bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zeigt sich im Wahlverhalten ein deutlicher Bruch in der Gruppe der Wähler/-innen im erwerbsfähigen Alter etwa in der Mitte des Erwerbslebens. Bei den jüngeren Wähler/-innen scheinen die Piraten nun auch um westlichstes Land der Bundesrepublik zur ersten Adresse für oppositionelles Wahlverhalten geworden zu sein.

Bei den über 60jährigen bleibt die CDU die dominierende Kraft. Hierbei handelt es sich um den Kern der Wählerschaft, der der Union Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vorangegangenen Jahrhunderts hohe Wahlsiege sicherten.

Tabelle: Wahlentscheidung nach Beruf und Tätigkeit

	CDU	SPD	LINKE	FDP	GRÜNE	PIRATEN
Infratest dimap						
<i>Alle</i>	35%	31%	16%	1%	5%	8%
Arbeiter	18%	35%	28%	0%	1%	11%
Angestellte	33%	30%	16%	1%	6%	9%
Selbständige	40%	18%	13%	5%	8%	12%
Rentner	45%	31%	15%	2%	3%	3%
Arbeitslose	23%	30%	26%	2%	2%	10%
FGW						
Arbeiter	26%	35%	23%	0%	4%	8%
Angestellte	33%	33%	14%	1%	7%	8%
Beamte	47%	29%	8%	2%	8%	4%
Selbständige	43%	25%	14%	2%	5%	7%
FGW						
Hauptschule	33%	36%	20%	1%	3%	4%
Realschule	32%	32%	17%	1%	4%	9%
Abitur	33%	28%	12%	2%	8%	12%
Hochschule	39%	28%	9%	2%	11%	8%

DIE LINKE erzielt bei Arbeitslosen, Arbeitern und WählerInnen mit niedrigem formalen Bildungsabschluss überdurchschnittliche Ergebnisse, ähnlich wie die Sozialdemokraten. Grüne und Piraten erzielen ihre besten Ergebnisse bei Selbständigen und Personen mit höherem formalen Bildungsabschluss.

DIE LINKE hat ihren Erfolg, bei Arbeitern und Arbeitslosen stärkste Partei zu werden, nicht wiederholen können.

c) Die Ergebnisse in den saarländischen Wahlkreisen

001 – Saarbrücken	2012		2009		Veränderung	
	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.
Wahlberechtigte	252.703		254.638		-1.935	
Wähler_innen	149.959	59,3%	164.439	64,6%	-14.480	-5,2%
Ungültige Stimmen	2.706		2.454		252	
Gültige Stimmen	147.253		161.985		-14.732	
CDU	48.224	32,7%	50.500	31,2%	-2.276	1,6%
SPD	43.529	29,6%	39.315	24,3%	4.214	5,3%
LINKE	26.726	18,1%	39.344	24,3%	-12.618	-6,1%
FDP	2.165	1,5%	15.055	9,3%	-12.890	-7,8%
GRÜNE	9.102	6,2%	11.074	6,8%	-1.972	-0,7%
PIRATEN	11.053	7,5%		0,0%	11.053	7,5%
NPD	1.738	1,2%	2.362	1,5%	-624	-0,3%
Sonstige	4.716	3,2%	4.335	2,7%	381	0,5%
002 - Saarlouis	2012		2009		Veränderung	
	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.
Wahlberechtigte	240.705		243.232		-2.527	
Wähler_innen	147.541	61,3%	167.872	69,0%	-20.331	-7,7%
Ungültige Stimmen	3.216		3.029		187	
Gültige Stimmen	144.325		164.843		-20.518	
CDU	53.652	37,2%	59.897	36,3%	-6.245	0,8%
SPD	44.379	30,7%	38.839	23,6%	5.540	7,2%
LINKE	22.044	15,3%	32.210	19,5%	-10.166	-4,3%
FDP	1.652	1,1%	16.514	10,0%	-14.862	-8,9%
GRÜNE	6.745	4,7%	9.844	6,0%	-3.099	-1,3%
PIRATEN	9.842	6,8%		0,0%	9.842	6,8%
NPD	1.604	1,1%	2.491	1,5%	-887	-0,4%
Sonstige	4.407	3,1%	5.048	3,1%	-641	0,0%
003 – Neunkirchen	2012		2009		Veränderung	
	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.	Stimmen	in v.H.
Wahlberechtigte	304.752		306.752		-2.000	
Wähler_innen	194.103	63,7%	211.909	69,1%	-17.806	-5,4%
Ungültige Stimmen	4.432		3.944		488	
Gültige Stimmen	189.671		207.965		-18.294	
CDU	67.718	35,7%	74.140	35,7%	-6.422	0,1%
SPD	59.252	31,2%	53.087	25,5%	6.165	5,7%
LINKE	28.842	15,2%	42.110	20,2%	-13.268	-5,0%
FDP	2.054	1,1%	17.495	8,4%	-15.441	-7,3%
GRÜNE	8.401	4,4%	10.598	5,1%	-2.197	-0,7%
PIRATEN	14.751	7,8%		0,0%	14.751	7,8%
NPD	2.262	1,2%	3.246	1,6%	-984	-0,4%
Sonstige	6.391	3,4%	7.289	3,5%	-898	-0,1%

Den stärksten Rückgang der Wahlbeteiligung verzeichnete der Wahlkreis Saarlouis mit -7,7%. Hier hatte die FDP 2009 ihr bestes Ergebnis erzielt. Die Verluste für DIE LINKE fielen hier mit -4,3% unterdurchschnittlich aus.

	2012		2009	
Saarland	77612	16,1%	113.664	21,3%
WK Saarbrücken	26.726	18,1%	39.344	24,3%
WK Saarlouis	22.044	15,3%	32.210	19,5%
WK Neunkirchen	28.842	15,2%	42.110	20,2%

Überdurchschnittliche Verluste musste DIE LINKE im Wahlkreis Saarbrücken mit der rot-rot-grün-regierten Landeshauptstadt hinnehmen. Lag sie 2009 bei den absoluten Stimmen knapp vor der SPD, so liegen jetzt knapp 16.000 Stimmen zwischen beiden Parteien. DIE LINKE verlor 12.600 Stimmen, die SPD gewann 4.200.

Gleichwohl liegt das Ergebnis im Wahlkreis 1 vor den beiden anderen Wahlkreisen. Die Grünen verdanken ihrem guten Ergebnis in Saarbrücken den Wiedereinzug in den Landtag, denn in den beiden anderen Wahlkreisen blieben sie unter fünf Prozent.

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

<http://wahlanalysen.wordpress.com>.

Die Wahlanalysen können zudem unter www.benjamin-hoff.de abgerufen werden.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er lebt in Berlin und ist Geschäftsführer von MehrWertConsult.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin und arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 25./26. März 2012 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *